

## **Parlamentarische Gruppe CH-EU neu lanciert.**

### **«Die jetzige Unsicherheit müssen wir einige Zeit aushalten!»**

*Bern, 21. März 2014.* Am 9. Februar hat die Schweizer Bevölkerung der Regierung den Auftrag erteilt, die Zuwanderung mit Kontingenten zu beschränken. Eine buchstabengetreue Umsetzung ist mit der Personenfreizügigkeit mit der EU nicht vereinbar. Die neu lancierte parlamentarische Gruppe «Schweiz-EU» hat sich diesem Dilemma angenommen und bietet den Mitgliedern des Parlaments eine Plattform, sich mit Experten und untereinander über die Auswirkungen der Abstimmung und mögliche Lösungen auszutauschen. Neu wird die Gruppe von Doris Fiala (FDP), Martin Naef (SP) und Francine John-Calame (Grüne) präsiert und will mit fundierten, parteiunabhängigen Informationen zu einer nachhaltigen Europapolitik beitragen.

Nach der Abstimmung vom 9. Februar muss die Zuwanderung mit Kontingenten eingeschränkt werden. Die Antworten der EU darauf treffen vorerst insbesondere die Studierenden und die Forschungsinstitute. Doch viel bedrohlicher dürften die langfristigen Perspektiven sein. Es stehe sehr viel auf dem Spiel, führte Referent Prof. Thomas Cottier, Direktor des World Trade Institute of European and International Economic Law an der Universität Bern aus.

Mario Gattiker, Direktor des Bundesamts für Migration, bestätigte, „dass die Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung unvereinbar ist mit der Personenfreizügigkeit“. Der Bundesrat habe die Folgen davon im Vorfeld der Abstimmung klar aufgezeigt. Gleichzeitig mahnte Gattiker zur Besonnenheit. «Die jetzige Unsicherheit müssen wir einige Zeit aushalten. Schnellschüsse bringen nichts, wir müssen mögliche Modelle nun mit aller Sorgfalt prüfen».

Es bestand zwar Konsens darüber, dass der bilaterale Weg gerettet werden solle, nur bezüglich des «wie» herrschte allgemeine Ratlosigkeit. Henri Gétaz, Direktor der Direktion für europäische Angelegenheiten, erläuterte die drei Achsen der Umsetzung: Umsetzung des Verfassungsartikels, Anpassung beim Freizügigkeitsabkommen und die Weiterführung der guten Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Das EJPD wird im Juni ein Umsetzungskonzept präsentieren und Ende Jahr einen Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung schicken. Dieser Zeitplan sei eng, aber nicht unrealistisch, erläuterte Mario Gattiker. Er betonte, dass auch die Initianten angehört worden seien.

Professor Cottier zeigte sich überzeugt, dass sich die Schweiz in einer so schwachen Verhandlungsposition gegenüber der EU befinde wie nie zuvor. Die Zugeständnisse, die wir nun von der EU bezüglich Einwanderung verlangen, müssten wir in anderen Dossiers teuer bezahlen.

Doris Fiala bat nach einer lebhaften Diskussionsrunde die anwesende Verbandsvertreter (SGV, Arbeitgeberverband und avenir suisse) zuhanden der parlamentarischen Gruppe «Schweiz-EU» zu eruiern, welches die für die Wirtschaft tatsächlich überlebenswichtigen institutionellen Fragen und Verhandlungen wären.

Die parlamentarische Gruppe «Schweiz-EU» verbindet überparteilich alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier die konstruktiv eine erfolgreiche Europapolitik der Schweiz mitgestalten wollen. Zweimal pro Jahr findet eine Veranstaltung im Bundeshaus zu aktuellen Themen statt. Dort können die Mitglieder des Parlaments zusammen mit Experten mögliche Strategien und Lösungen diskutieren und anschieben. Nach einer Zeit im «Dornröschenschlaf» hat sich die seinerzeit von der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) ins Leben gerufene Gruppe überparteilich und auch mit EU-Gegnern gemeinsam zurückgemeldet. Bereits die erste Sitzung kurz vor der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative mit den Professoren George Sheldon und Rainer Münz, EU-Botschafter Richard Jones und Swissmem-Direktor Peter Dietrich stiess im Bundeshaus auf grosses Interesse. Auch der Runde Tisch «Langzeit Migrationspolitik 2030», u.a. mit Vertretern von Avenir Suisse, Caritas, Deza, SGV, Travail Suisse und Arbeitgeberverband, ist in die Diskussion eingebunden. Präsiert wird die parlamentarische Gruppe «Schweiz-EU» neu von Doris Fiala (FDP/ZH), die auch dem Runden Tisch vorsteht, Martin Naef (SP/ZH) und Francine John-Calame (GPS/NE).

**Weitere Informationen:**

**Doris Fiala**, Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe «Schweiz-EU», 079 611 8417

**Francine John-Calame**, Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe «Schweiz-EU»,  
079 823 77 00

**Martin Naef**, Co-Präsident der parlamentarischen Gruppe «Schweiz-EU», 079 682 55 25